

Änderungen im Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten: „3. Nachtrag vom 01.03.2012“

1. § 49 Abs. 1 – 3 wird wie folgt geändert:

- (1) Der monatliche Bruttobezug in der Gehaltsgruppe **A 1** beträgt Euro 4.571,20. Dieser Betrag erhöht sich bei Vorliegen zumindest einer positiven Evaluierung der Tätigkeit (nach UG 2002) im jeweiligen Zeitraum
- nach sechsjähriger Tätigkeit auf Euro 5.024,40,
 - nach 12-jähriger Tätigkeit auf Euro 5.477,50,
 - nach 18-jähriger Tätigkeit auf Euro 5.930,70 und
 - nach 24-jähriger Tätigkeit auf Euro 6.383,80.
- (2) Der monatliche Bruttobezug in der Gehaltsgruppe **A 2** beträgt Euro 3.438,30, bei ArbeitnehmerInnen mit einschlägigem Doktorat oder Ph.D. Euro 4.004,70. Diese Beträge erhöhen sich
- a) nach Erfüllung der Qualifizierungsvereinbarung (§ 27) auf Euro 4.344,60,
 - b) und bei Vorliegen zumindest einer positiven Evaluierung der Tätigkeit (nach UG) im jeweiligen Zeitraum
- nach sechsjähriger Tätigkeit als assoziierte/r ProfessorIn auf Euro 4.797,80 ,
 - nach 12-jähriger Tätigkeit auf Euro 5.250,90,
 - nach 18-jähriger Tätigkeit auf Euro 5.704,10 und
 - nach 24-jähriger Tätigkeit auf Euro 6.157,30.
- (3) Der monatliche Bruttobezug in der Gehaltsgruppe **B 1** beträgt Euro 2.532,00. Dieser Betrag erhöht sich
- a) nach dreijähriger Tätigkeit auf Euro 3.013,60. Die Dreijahresfrist verkürzt sich um Zeiträume, für die tätigkeitsbezogene Vorerfahrungen nachgewiesen werden;
 - b) nach achtjähriger Tätigkeit in der Einstufung nach lit. a oder bei Vorliegen eines Doktorates, das Voraussetzung für die Begründung des Arbeitsverhältnisses war (Postdoc-Stelle), auf Euro 3.381,70;
 - c) nach achtjähriger Tätigkeit in der Einstufung nach lit. b auf Euro 3.749,90;
 - d) nach achtjähriger Tätigkeit in der Einstufung nach lit. c auf Euro 3.948,20.

2. § 54 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- (1) Das **monatliche Bruttoentgelt** in Euro beträgt (Klammerausdruck **J** = Vorrückungszeitraum in Jahren; für Vorrückung notwendige innerbetriebliche Arbeitserfahrung)

Gehaltsschema allgemeines Universitätspersonal

VwGr	Qualifikationsstufe						
I	Grundstufe						
	1.455,9 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4	R5	R6	R7
	1.569,1 (3 J)	1.625,6 (3 J)	1.738,9 (5 J)	1.795,7 (5 J)	1.852,2 (5 J)	1.909,0 (8 J)	1.965,5
IIa	Grundstufe						
	1.569,1 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4	R5	R6	
	1.738,9 (3 J)	1.852,2 (5 J)	1.942,9 (7 J)	2.033,6 (8 J)	2.124,3 (8 J)	2.192,1	
IIb	Grundstufe						
	1.682,4 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4	R5	R6	
	1.852,2 (3 J)	1.965,5 (5 J)	2.056,3 (7 J)	2.146,8 (8 J)	2.237,5 (8 J)	2.305,4	
IIIa	Grundstufe						
	1.795,7 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4	R5		
	2.022,3 (5 J)	2.305,4 (7 J)	2.532,0 (8 J)	2.702,1 (8 J)	2.815,3		
IIIb	Grundstufe						
	2.079,0 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4	R5		
	2.305,4 (5 J)	2.588,8 (7 J)	2.815,3 (8 J)	2.985,1 (8 J)	3.098,4		
IVa	Grundstufe						
	2.305,4 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4			
	2.758,5 (8 J)	3.098,4 (8 J)	3.495,0 (8 J)	3.664,9			
IVb	Grundstufe						
	2.532,0 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4			
	3.013,6 (8 J)	3.381,7 (8 J)	3.749,9 (8 J)	3.948,2			
V	Grundstufe						
	2.758,5 (3 J)						
	Regelstufe 1	R2	R3	R4			
	3.268,5 (8 J)	3.664,9 (8 J)	4.004,7 (8 J)	4.231,3			

3. § 56 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

(1) Die monatliche Lehrlingsentschädigung für **Lehrlinge** im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes beträgt im

1. Lehrjahr: Euro 467,70;
2. Lehrjahr: Euro 626,10;
3. Lehrjahr: Euro 807,00;
4. Lehrjahr: Euro 1.078,30.

4. § 78 Abs 3 wird wie folgt geändert:

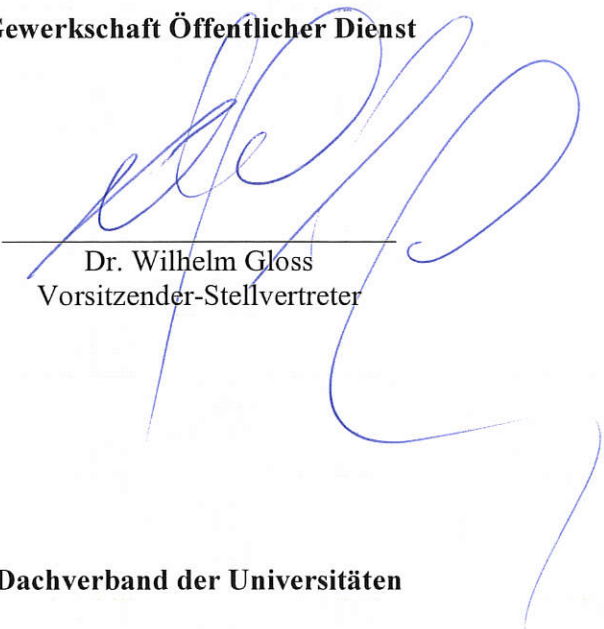
(3) Ehemalige Assistenten/ Assistentinnen nach § 49I VBG, die wegen der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zu einer Universität keine Abfertigung erhalten haben (§ 49r Abs. 2 VBG), haben Anspruch auf Nachzahlung der Beiträge nach § 6 Abs. 1 Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (BMSVG) für die als AssistentIn nach § 49I VBG verbrachte Dienstzeit. Diese Nachzahlung hat innerhalb von zwölf Monaten von der Universität, an der der/die ArbeitnehmerIn als AssistentIn gemäß § 49I VBG beschäftigt war, an die für den/ die ArbeitnehmerIn nun zuständige Mitarbeitervorsorgekasse zu erfolgen. Im Falle des Wechsels an eine andere Universität hat der/die ArbeitnehmerIn die Universität, an der er/sie als AssistentIn gemäß § 49I VBG beschäftigt war, hierüber in Kenntnis zu setzen und ihr die nunmehr zuständige Mitarbeitervorsorgekasse bekannt zu geben.

5. In § 81 wird folgender Absätze 5 angefügt:

(5) Die Gehälter der diesem Kollektivvertrag unterliegenden ArbeitnehmerInnen der Universitäten (§§ 49, 54), jeweils einschließlich allfälliger Überzahlungen, sowie die Lehrlingsentschädigung (§ 56) werden mit Wirkung ab 1.1.2012 um 3,0 % erhöht.

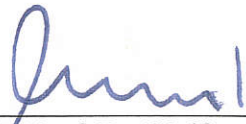
Wien, am 1. März 2012

**Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst**



Dr. Wilhelm Gloss
Vorsitzender-Stellvertreter

Dachverband der Universitäten



Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Vorsitzender des Dachverbands